

Gedanken zur Bundestagswahl

Der historische Hintergrund

In großen Krisen neigen die Herrschenden in kapitalistischen Gesellschaften dazu groß angelegte Kriege zu führen oder weitgehende Umstrukturierungen der Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Beispiele dafür sind der 1. Weltkrieg, der 2. Weltkrieg und die weltweiten neoliberalen Umstrukturierungen nach der Ölkrise Anfang der 1970er Jahre. Zumindest die westlichen Länder, sprich die NATO-Staaten sind seit 2008 schleichend und seit 2017-2018 akut in einer solchen großen Krise. Die Profitmaximierung und die Verteilung des Reichtums zugunsten großer Unternehmen und der Superreichen sind an einer Grenze angekommen. Selbst in den zentralen Industriestaaten USA, Deutschland, Frankreich und England sind die Arbeitnehmerrechte soweit geschliffen und die Löhne im Vergleich zur realen Kaufkraft soweit gesenkt, dass die gesellschaftliche Stabilität erheblich leidet und viele Menschen am Ende des Monats nicht mehr wissen, was sie Essen sollen, oder ob sie die Miete sowie die Strom oder Wasserrechnung noch bezahlen können. In weiten Teilen ist auch die Daseinsvorsorge (Bildung, Nahverkehr, Wohnen, Wasser, Strom, Soziale Arbeit und Gesundheitswesen) privatisiert und daher in Teilen zerstört.

Die letzten US-Regierungen Trump-Biden-Trump kämpfen in dieser Situation um die weltweite Hegemonie der USA gegen die erstarkenden BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika – mittlerweile um Ägypten, Iran, Äthiopien und die Vereinigten Arabischen Emirate erweitert). Weniger hart aber letztendlich auch unfreundlich kämpfen sie gegen Konkurrenten in der EU. Die zentralen EU-Staaten stellen sich bisher trotzdem annähernd kritiklos weitgehend an die Seite der USA. Sowohl beim Greater Middle East Project (der Zerstörung der Souveränität der Staaten Irak, Libyen, Syrien und der Neusortierung der Region von Pakistan bis Tunesien) als auch bei der Zuspitzung des Konflikts gegen Russland durch die NATO-Osterweiterung, Farbenrevolutionen, den Maidan-Putsch und der Provokation der Eskalation des Konflikts im Donbass. Letztlich begann Russland dort nach langen fehlgeschlagenen Verhandlungsversuchen mit offensiver Kriegsführung. Die Bundesregierung unter Merkel war stabil genug die US-Regierung in der Ukraine von einer solchen Eskalation abzuhalten, die Ampelkoalition war das nicht. Auch bei den Kriegsverbrechen Israels in Palästinas steht insbesondere die Bundesregierung, der israelischen Regierung u.a. mit den zweitgrößten Waffenlieferungen zur Seite.

Konsequenzen der neoliberalen Politik für die Menschen in Deutschland

Die Konsequenz der beschriebenen Entwicklungen ist u.a. der Ukrainekrieg samt Sanktionen gegen Russland. Diese Sanktionen bedeuten für die deutsche Wirtschaft jedoch faktisch einen immensen Niedergang, da ohne günstiges Öl und Gas aus Russland die Produktionskosten schlicht zu hoch sind. Viele kleinere und mittelständische Unternehmen mussten schließen oder stehen vor dem Ruin, große Unternehmen sind in der Krise. Dazu kommt eine weitgehende Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft, eine Sonderzahlung an die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro und die Zahlung von mehr als 30 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Ukraine. Alles zu Lasten der Steuerzahler und der gesellschaftlichen Stabilität.

In einer solchen Situation will ein großer Teil des bundesdeutschen Kapitals eine starke rechte Kraft an der Macht, die sowohl die Kriegsorientierung mit eigenen nationalistischen Momenten aufrecht erhält bzw. ausweitet und Innenpolitisch scharf gegen linke

Oppositionskräfte, und die Friedensbewegung vorgeht. Mit Feindbildern gegen Russland und China und gegen Palästinenser wird der außenpolitische Kurs vorgegeben. Mit Feindbildern gegen Migranten im Allgemeinen wird ein Sündenbock für die Wirtschaftskrise konstruiert. Es ist ja Unfug, dass Geflüchtete und Migranten das Land überfordern würden. Es ist schlicht und einfach politisch gewollt, dass sie zum Teil jahrelang ohne Arbeitserlaubnis und ohne Perspektive in Flüchtlingslagern leben sollen und nicht ausgebildet und integriert werden. Als unterbezahlte Kräfte in der Schwarzarbeit werden sie gerade noch geduldet. Nach 1989 wurde zudem schrittweise das Asylrecht ausgehebelt – erst die verfassungswidrige Drittstaatenregelung in der Ergänzung zu § 16 – dann folgten viele weitere Asylrechtsverschärfungen und der Aufbau einer militarisierten Abschottung der EU-Grenzen durch Frontex. Das zynische Resultat davon: Mehr als 100 000 Tote im Mittelmeer in den letzten 20 Jahren. Zudem wurden rechte Kräfte, wie der NSU und viele weitere Gruppen, vom Verfassungsschutz durch V-Leute zum Teil federführend mit aufgebaut.

Dieses Bild beschreibt die Situation recht passend.



Weltweiter Paradigmenwechsel

In einer solchen Situation findet weltweit ein Paradigmenwechsel statt. Anstatt demokratisch gewachsener Parteien, die von Menschen mit dem entsprechenden politischen Hintergrund geleitet werden, entstehen neue Parteien, mit autokratischeren Strukturen und Führerzentrierung auf eine Person direkt aus dem Kapital, wie zum Beispiel Macrons Partei in Frankreich. Eine zweite Variante ist, dass direkte Kapitalvertreter die Macht im Rahmen der herkömmlichen Parteien übernehmen – wie z.B. Trump/Musk oder nun auch Merz (als ehemaliger Blackrock Manager) und diese stark nach rechts bewegen. Auch um die Rechtslastigkeit der Konservativen zu garantieren, spielen rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien eine immer größere Rolle – Rassemblement National, FPÖ, UKIP oder AfD.

Die Bundestagswahl

Entsprechend des beschriebenen Hintergrunds ist auch das Ergebnis der Bundestagswahl ausgefallen. Die CDU geht mit 28,5% als stärkste Kraft daraus hervor, gefolgt von der AfD mit 20,8%. Die SPD mit 16,4% und die Grünen mit 11,6% haben stark verloren, die Linke mit 8,8% hat stark dazu gewonnen, Das BSW scheiterte mit 4,97% (13000 Stimmen) an der 5% Hürde, die FDP mit 4,3%.

Dass 49,3% der Menschen in der Bundesrepublik stark rechte Kräfte wählen, ist besorgniserregend. Die heutige CDU ist nicht mehr die Merkel CDU. Merz ist ein direkter Kapitalvertreter ohne Hemmungen vor Ausgrenzung und Unterdrückung. Er hat mit der Abstimmung über eine weitere verfassungswidrige Verschärfung des Ausländerrechts kurz vor den Wahlen verdeutlicht, dass er bereit ist Vorhaben zur Not auch mit der AfD durchzusetzen.

Die AfD selbst ist eine konkrete Gefahr, da sie in Teilen eine Partei mit faschistischen Kadern ist und ganz klar die Erringung der Macht anstrebt.

Die SPD steht mit dem vormaligen Kriegsminister Pistorius bereit, um mit der CDU eine Regierung zu bilden. Diese wird außenpolitisch weiter an Kriegen festhalten bzw. dazu beitragen diese auszuweiten – vielleicht sogar versuchen den Ukraine Krieg gegen den Willen der USA weiter unnötig zu verlängern. Dem Völkermord an den Palästinensern wird diese Regierung ebensowenig etwas entgegen setzen, wie der aggressiven Vernichtungspolitik Erdogans gegen die Kurden. Innenpolitisch wird es einen Rechtsruck hin zu noch mehr Repression, Grundrechteabbau und Schleifung der Arbeitsbedingungen und Löhne geben. Die weitere Militarisierung der Gesellschaft und auch der Bildung ist absehbar. Die Rüstungsindustrie reibt sich die Hände.

Die Grünen werden wohl eher eine schwache Opposition sein, die, wenn überhaupt im Bereich der Flüchtlingspolitik positiv ihre Stimme erheben wird. Bezüglich dieses Aspekts ist es auch gut, dass DIE LINKE in den Bundestag eingezogen ist. Sie wird die eine oder andere kritische Anfrage stellen oder sich populistisch an Kampagnen zugunsten von Migranten, Communities oder soziale Bewegungen beteiligen. Fördern wird sie Bewegungen und deren Dynamik nicht. Das Verhältnis zu migrantischen Communities ist weitgehend instrumentell. Unter der Führung von Jan van Aken ist DIE LINKE darüber hinaus zu einer kriegsbefürwortenden Partei geworden und hat mehrfach zur Demobilisierung der Friedensbewegung beigetragen.

Ohnehin hat DIE LINKE in den Landesregierungen jede Sauerei mitgemacht. In Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Brandenburg und Thüringen hat sie von Abschiebungen über Grundrechteabbau und Sozialabbau bis hin zu massivem Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge, Aufrüstung und zunehmender Militärforschung jede unsoziale und unwürdige Maßnahme mitgetragen oder sogar Impulse dafür gegeben. Sie ist keine ernst zu nehmende Oppositionspartei mehr, sondern eher zu einem zahmen Bettvorleger geworden. Deshalb wurde sie auch von der bürgerlichen Presse und im Fernsehen vor der Wahl hofiert und gefördert. Sie ist aus Sicht der Herrschenden das Feigenblatt für die nächsten Kriege und massiven Sozialabbau. Zudem hat sie durch eine Social Media Kampagne, die auf rot-grün orientierte Jugendliche zugespitzt war, genau diese zum wählen oder auch zu Eintrittten motiviert. DIE LINKE wird so zu einem Ersatz für eine Urbane-Rot-Grün Klasse, hat aber keine darüber hinausgehende Perspektive.

Das BSW war zu Anfang eine Hoffnung vieler Menschen auf eine konsequentere linke Opposition, hat sich dann aber sehr schnell durch eine rassistische Position in der Migrationspolitik diskreditiert und durch Regierungsbildungen mit CDU und SPD auf Landesebene und eine undemokratische

Innere Struktur selbst geschwächt. Zudem wurde das BSW gezielt von der bürgerlichen Presse und im Fernsehen vor der Wahl als einzige konsequente Friedenskraft diskreditiert.

Bundesweit gibt es derzeit keine Linke Kraft, die konsequent Friedenspolitik betreibt, an der Seite von Bewegungen steht und mit Ihnen gemeinsam gesellschaftlich wirksam wird.

Fazit

Viele Menschen fühlen sich zu Recht von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten. Sie haben das Gefühl, dass ihre Sorgen und Nöte ignoriert werden. Arbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsverhältnisse, steigende Mieten, die Angst vor sozialem Abstieg, die Militarisierung der Gesellschaft und weltweite Kriege schaffen ein Klima der Verunsicherung. Damit stark rechte und rechtsextreme Kräfte nicht noch stärker werden, muss man Kriege und Kolonialismus beenden, soziale Gleichheit fördern und regional, innen- und außenpolitisch respektvolle und gewaltfreie Konzepte zur Regulierung und Lösung von Problemen entwickeln und umsetzen.

Martin Dolzer